

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 8

Artikel: Der Einfluss der Sozialisten in den Gemeinden Frankreichs
Autor: Diner-Dénes, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329672>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ro te Revue

Sozialistische Monatsschrift

8. HEFT

APRIL 1928

VII. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Der Einfluß der Sozialisten in den Gemeinden Frankreichs.

Von Josef Diner-Dénes, Paris.

Einheitlich in seinen leitenden Ideen, einheitlich in seinen Zielen, ist doch der Sozialismus eines jeden Landes ein Sondergewächs, hervorgegangen aus seiner Sondergeschichte, seiner Sonderentwicklung.

Darum gilt es, allüberall dort, wo man den Einfluß des Sozialismus und der Sozialisten auf irgendwelche Institutionen eines Landes prüfen will, vorher ins klare kommen über die Sonderart jenes Landes, dessen sozialistische Bewegung in Frage steht.

Bei meinen folgenden Ausführungen darf nun nicht einen Augenblick außer acht gelassen werden, daß ich von Frankreich, französischem Sozialismus und französischen Sozialisten spreche. Von jenem Lande, in dem sich der Individualismus zutiefst in das Wesen des Volkes eingefressen hat. Von jenem Lande, dem die große Revolution eine durchaus kleinbürgerliche Struktur gegeben, eine Struktur, die bis auf den heutigen Tag festgefügt ist, wenn sie auch allseitig vom Großkapitalismus schon angefressen ist. Von jenem Lande, das all diesen Eigentümlichkeiten zufolge das aller-konservativste Land Europas ist und doch zu gleicher Zeit der treueste Hüter der großen revolutionären Tendenzen, die seine Geschichte, und eine ruhmreiche Geschichte, seit nun fast zwei Jahrhunderten ausmachen.

Will man ein Maß haben für die Bedeutung der sozialistischen Bewegung im Leben der französischen Gemeinden, darf man nicht Vergleiche ziehen mit den kommunalen Ergebnissen der Sozialisten anderswo. Zumal das so naheliegende österreichische Beispiel darf nicht als Vergleichsgröße genommen werden. Einzig mit französischem Maßstabe darf gemessen werden. Dann erst wird man die Größe der Leistung unserer französischen Genossen ermessen und ihre Bedeutsamkeit für Frankreichs Zukunft würdigen können.

*

Mit dem Falle der Pariser Kommune, 1871, verschwanden rasch die Sozialisten und die sozialistischen Bestrebungen aus dem Gemeindeleben

Frankreichs. Und als 1878 Marschall Mac Mahon und der Monarchismus vor Gambetta und dem radikalen Bürgertum kapitulierten, machte sich dieses rasch breit, nicht nur in den städtischen, sondern auch in den ländlichen Gemeinden.

Wie im Staate, blieb dieses radikale Bürgertum, man könnte vielleicht richtiger sagen Kleinbürgertum, auch in der Gemeinde seinem innersten Wesen treu: reich an Verkündigungen, arm an Taten.

Ein eigenartiger Zwiespalt beherrschte und beherrscht auch heute noch dieses radikale Bürgertum und behindert es in allem seinem Tun. Es ist im Grunde seines Wesens republikanisch und demokratisch. Es weiß, daß Fortschritt und Reformen Grundbedingungen des Republikanismus und der Demokratie sind. Darum überschäumt es alleweil, und ganz ehrlich, von den Forderungen nach Fortschritt und Reformen, und zieht alleweil einen breiten, sehr breiten Strich zwischen sich und den Konservativen und Gemäßigten. Kommt es aber zur Tat, dann fällt ihm das Herz in die Hosen, weil jedwede Reform notgedrungen auch sozialen Inhalt hat, dieser soziale Inhalt ihm aber wider sein bürgerliches Wesen geht.

Hat sich aus dieser Sonderlichkeit im ganzen staatlichen Leben Frankreichs eine Reformsscheu ganz schrecklicher Art entwickelt, so viel mehr noch im Gemeindeleben.

Diese Gemeinden haben gar kein Eigenleben. In diesem nicht nur durch und durch, sondern auch durchaus zentralisierten Frankreich, das überdies auch noch ganz und gar hierarchisch organisiert ist, hat die Gemeinde weder Selbstverwaltungsrecht, noch Selbstbetätigungsrecht. Und die Gemeinden sind auch nicht etwa die Grundlagen des Verwaltungssystems. Es gibt nur einen einzigen Zusammenhang zwischen der Gemeinde und der Staatsverwaltung: die Abhängigkeit.

Der Präfekt, das heißt der Regierungsstatthalter, dieses Regierungsorgan, ist der wahrhaftige Diktator der Gemeinden. Ihr Budget hängt von ihm ab. Ihre Tätigkeit müssen sie ihm unterordnen, oder gar ihm abtrotzen. Und in Paris ist er sogar der Vorsitzende des Gemeinderates, hat alle jene Vorrechte, die anderswo der Bürgermeister hat. Denn da in der hierarchischen Zentralisation Paris zum Herz und Kopf des Landes gemacht worden ist, wurde gar sehr darauf geachtet, daß dieser Kopf, dieses Herz, ganz von der Regierung beherrscht werde.

So wurde es von der großen Revolution, die von Paris aus ganz Frankreich in Händen haben wollte, eingerichtet, so wurde es von Napoleon ausgebaut, und so ist es heute noch, trotzdem Paris längst aufgehört hat, Kopf und Herz Frankreichs zu sein, trotzdem die französische Provinz längst schon ihr Eigenleben hat.

Das Bürgertum, das den Staat zu eigen hatte, fühlte durchaus kein Bedürfnis, in der Gemeinde irgendeine besondere Tätigkeit zu entfalten. Ein ganz klein wenig öffentliche Wohltätigkeit, das Allernotwendigste an gesundheitlichen und Reinlichkeitsvorkehrungen, Vorsorge für Verkehrswege und Verkehrsmittel, soweit sie dem Bürgertum nötig schienen, das war so ungefähr der Inhalt der kommunalen Arbeit jenes Bürgertums.

Was ansonsten noch an kommunaler Arbeit zu leisten war, das überließ man seelenruhig privaten Gesellschaften, denen so das Gemeindewesen ein ausgezeichnetes Ausbeutungsobjekt wurde, das auch so gar manchem der bürgerlichen Gemeindeverwalter Quelle der Bereicherung war.

Grundsätzlich hat sich ja hierin das Gemeindeleben in Frankreich im 19. Jahrhundert kaum von jenem im übrigen Europa unterschieden. Damals galt es doch allüberall als Regel, die öffentlichen kommunalen Dienstleistungen privaten Unternehmungen auszuliefern, sich um die soziale Fürsorge nicht den Pfifferling zu kümmern, das Schulwesen für ein Nebenbei der kommunalen Tätigkeit anzusehen usw.

Was aber Frankreich doch von den meisten andern europäischen Ländern abscheidet, ist, daß es diese Tendenzen bis auf den heutigen Tag getreulich bewahrt hat.

Weil nun solcherart seit der Verbürgerlichung Frankreichs die Gemeinde und ihre Tätigkeit ganz im Hintergrunde standen, kaum mehr galten denn als bedeutungsloses Anhängsel der Staatsverwaltung, sorgte man auch in keinerlei Weise für die Finanzbedürfnisse der Gemeinden. Ob groß oder klein, ob das Riesen-Paris oder die kleinste bäuerliche Gemeinde, sie sind alle mit ihren Ausgaben auf etwelche Steuerzuschläge angewiesen. Aber weder über Art noch Höhe dieser Zuschläge können die Gemeinden selbst, im eigenen Wirkungskreise, verfügen. Sie können nur Vorschläge machen, Annahme oder Ablehnung dieser Vorschläge steht ganz allein dem Präfekten, also der Regierung, zu.

So war es vor 100 Jahren und so ist es heute noch. Man schuf wohl 1884 ein Gemeindegesetz, das aber keinerlei Neuerung brachte, sondern nur den alten Schlendrian gesetzlich festlegte, und seither hat man wohl, zuletzt 1925, einige Neuerungen gesetzlich verfügt, aber am Wesen hat man nichts, aber auch gar nichts geändert.

Das Wichtigste wäre gewesen, das Finanzwesen der Gemeinden zu reformieren und zu modernisieren. Davon aber ist keine Rede. In das Gestüpp der Deckung der Gemeindeausgaben einzudringen, ist einem gewöhnlichen Sterblichen wohl kaum vergönnt. Ich sprach mit Gemeinderäten, mit Bürgermeistern, und hatte den Eindruck, daß sie wohl die Tatsachen der Finanzgebarung kennen, nicht aber ihr innerstes Wesen, und derjenige, der dieses Gebiet am gründlichsten beherrscht, unser ausgezeichneter Genosse Henri Sellier, Präsident des Generalrates des Seinedepartements und Bürgermeister des meisterlich geleiteten Vorortes von Paris Suresnes, mußte in allen seinen Schriften und Reden sich mit bloßen Andeutungen begnügen, um verständlich zu bleiben.

Soviel aber läßt sich aus Selliers Arbeiten feststellen, daß die Art, wie die kommunalen Ausgaben gedeckt werden, die höchste soziale Ungerechtigkeit bedeuten. Noch sind vielfach Fenster und Türen die Grundlage der Hausbesteuerung, trotzdem 1925 diese Steuerart gesetzlich abgeschafft wurde. Die Zuschläge zu den Grund- und Gebäudesteuern erfolgen nach rein fiktiven Zahlen, die die einen stark entlasten, andere aber ungerecht belasten, wobei, wie selbstverständlich, die kleinen Leute zu den letzteren gehören. Fast alle Gemeindelasten fallen auf die Arbeiter,

Kleinkaufleute und Kleingewerbetreibende, während alle Großbetriebe ungemein geschont sind. Ein einziges Beispiel hiefür: In Paris und seinen Vororten zahlten die Arbeiter im Jahre 1920 nicht weniger als 12 Millionen an Lohnsteuer, wozu dann noch die kommunalen Steuerzuschläge kamen, während die riesigen und reichen Gemüsekulturen dieses Gebietes 3000, sage dreitausend Franken Steuern zahlten, also tatsächlich steuerfrei waren.

*

Zu Beginn der achtziger Jahre geschah es zum ersten Male, daß eine französische Gemeinde in sozialistische Verwaltung kam. Es war im Departement Nord. Guesde und Lafargue hielten dort in einem durchwegs von Grubenarbeitern bewohnten Orte eine Versammlung. Die Begeisterung, die sie dort weckten, war so gewaltig, daß bei den bald folgenden Gemeinderatswahlen alle bisherigen Gemeinderäte: Grubenbesitzer, Beamte, Advokaten, Kaufleute durchfielen und nur Grubenarbeiter gewählt wurden, und auch ein solcher Bürgermeister wurde.

Aber nur kurz war die Herrlichkeit. Die Verwaltung stockte bald gänzlich. Die Gewählten, samt dem Bürgermeister, verstanden nichts von der Sache, die Behörden, mit dem Präfekten an der Spitze, machten Schwierigkeiten, anstatt zu helfen, und schon nach Jahresfrist saß die alte Verwaltung wieder im Sattel.

Doch der Versuch war kein vergeblicher gewesen. So wie in den achtziger und insonderlich den neunziger Jahren die sozialistische Bewegung selbst sich in Frankreich zu neuer Tätigkeit und Blüte erhob, begann sie sofort sich auch mit der Gemeindetätigkeit wieder zu befassen. Viel trug hiezu bei die Erinnerung an die Pariser Kommune. Stets der Tradition zugeneigt, dachten viele französische Sozialisten, von der Gemeinde her in Frankreich den Sozialismus verwirklichen zu können. Da überdies gar viele der Politik abgeneigt waren (man weiß, daß Frankreich das Warmbeet des Syndikalismus war, der bis auf den heutigen Tag geschworener Feind aller parlamentarischen Tätigkeit ist), so wendeten sich gar viele unserer französischen Genossen liebenvoll der Gemeindetätigkeit zu.

So kam es, daß, als in den neunziger Jahren endlich auch Sozialisten in die Gemeindeverwaltungen Frankreichs eindrangen, sie einen neuen Geist in diese hinein brachten.

Im Gegensatz zu den bloßen schönen Versprechungen der Bürgerlich-Radikalen brachten sie den Geist der Betätigung mit sich. Allwo die Sozialisten in die Gemeindeverwaltung gewählt wurden, überall dasselbe Schauspiel. Man drängt in der Gemeindestube auf soziale Betätigung, und wo man die Majorität hat, übt man sie auch.

Richtung und Ziel nimmt man aus den Beschlüssen der nationalen und internationalen Kongresse. Ist man auch innerlich in allerlei Fraktionen und Gruppen gespalten, in der Gemeindestube verschwinden diese Unterschiede. Dort kann man an den sozialen Verwirklichungen gemeinsam arbeiten.

Die Zentralisation, die Bevormundung durch Präfekt und Regierung, lassen der sozialen Tätigkeit nur wenig Spielraum, desto intensiver arbeitet man dort, wo man die Möglichkeit hat.

Bald hat in Frankreich der Sozialismus in der Gemeindeverwaltung seinen Schrecken verloren. Ja, ein gar sonderbares Schauspiel zeigt sich: Die vorgeschriftenen Republikaner bürgerlicher Observanz unterstützen vielfach in den Gemeinderäten die Tätigkeit der Sozialisten. Das gibt zu Ende des vorigen Jahrhunderts und zu Anfang des jetzigen eine eigentümliche, man kann nicht sagen Vermengung, wohl aber Untermengung von vorgeschriftenen bürgerlichen Republikanern und Sozialisten. Dies wird um so bedeutsamer, weil in die gleiche Zeit die Affäre Dreyfus sowie die Endkämpfe um die Trennung von Kirche und Staat fallen, und in beiden die vorgeschriftenen Republikaner und Sozialisten Schulter an Schulter kämpften.

Jene Epoche hat auch neben Männern, wie François de Pressensé und wie Jaurès selbst, gar manches wertvolle Element aus der radikalen Bürgerschaft der sozialistischen Partei zugeführt, das auch dann verblieb, als nach der Vereinheitlichung der Partei im Jahre 1904 die Scheidung zwischen Sozialisten und Bürgerlich-Radikalen eine viel reinlichere wurde.

Zu jener Zeit begann dann auch, dank der größeren inneren Kraft der Partei, ein verstärktes Einströmen von sozialistischen Elementen in das Gemeindeleben, wo sie allüberall als belebendes Element wirken, die kommunale Tätigkeit erweitern und mit sozialem Geiste erfüllen.

Bedeutsamere statistische Daten über die Beteiligung der Sozialisten am französischen Gemeindeleben sowie über ihre Wirksamkeit haben wir aber erst aus der Zeit nach dem Kriege. Was sich über die Zeit bis 1919 ergründen lässt, ist so zerrissen, aus einzelnen Berichten, aus den Erinnerungen von älteren Parteigenossen, aus Traditionen und ähnlichem zusammengestellt, daß es zu einer eingehenden Darstellung sich durchaus nicht eignet.

Aber für die Zeit nach dem Kriege bewegen wir uns schon auf festem Boden.

Das Jahr 1919 brachte den gewaltigen Sieg des berüchtigten ultra-reaktionären „Bloc National“ in der französischen Kammer, welchem sich damals, unter dem Drucke der Siegespsychose, auch die gesamte französische radikale Bürgerschaft angeschlossen hatte. Dank einem der schmählichsten Wahlrechte, die Frankreich je gekannt, hatte die sozialistische Partei am 16. November 1919 in ihrer Hochburg, der Banlieu von Paris, trotz ihrer 1,576,527 Stimmen keinen einzigen Abgeordneten erlangt.

Aber sie verlor dieserhalb nicht den Mut. Wußte sie doch, daß sie in nicht weniger als 5 Kantonen und 16 Gemeinden der Banlieu die Majorität gehabt hatte. Der Tag der Vergeltung war auch nicht fern.

Am 30. November des gleichen Jahres fanden die Gemeinderatswahlen in ganz Frankreich statt, und nach den Stichwahlen am 7. Dezember behielt man nicht bloß die alten Positionen, sondern gewann noch 13 neue Gemeinden der Banlieu, mit dem Ergebnis, daß die Banlieu

nicht weniger als 700 sozialistische Gemeinderäte zählte, die sich auf 39 Gemeinden verteilten, und in 22 sogar die Majorität hatten, so daß sie dort auch den Bürgermeister aus ihrer Mitte wählen konnten. Aber nicht nur in der Bannmeile von Paris wehte damals hoch das rote Banner des Sozialismus. Nicht weniger als 4659 sozialistische Gemeinderäte ergab die damalige Wahl in Frankreich. In 285 Gemeinden hatten die Sozialisten sogar die Majorität. In diesen 285 Gemeinden gab es demzufolge auch einen sozialistischen Bürgermeister.

Schon am 2. Juli 1920 traten die sozialistischen Gemeinde- und Kantonalräte von ganz Frankreich in dem Pariser Vororte Boulogne-sur-Seine zu einer Konferenz zusammen und beschlossen die Gründung eines Landesverbandes der sozialistischen Gemeinderäte. Auch ansonsten war die Konferenz sehr ergebnisreich. Man beschloß nicht nur allerlei Reformen im Gemeindewesen, sondern gab auch der Tätigkeit der sozialistischen Gemeindevertretungen eine gemeinsame Richtung und Grundlage.

Doch bald fiel Reif auf die junge Blüte. Es kam die Spaltung zu Ende 1920 auf dem Kongreß von Tours. Alles schien verloren. Geraume Zeit wußte man gar nicht, welche bisher sozialistische Gemeinde ins kommunistische Lager übergegangen. Doch als Klarheit wurde, da zeigte es sich, daß bis auf einige Gemeinden der Pariser Banlieu und vereinzelte kleine Provinzgemeinden alle übrigen der alten Fahne treu geblieben waren. Die Politik der Realisationen, zu der das Gemeindeleben zwang, bewahrte diese unsere Genossen vor dem Utopismus der Bolschewisten.

Von da ab ging die Tätigkeit der Sozialisten in den Gemeinden Frankreichs in raschem Aufstieg vorwärts. Bald galten die von unseren Genossen verwalteten Gemeinden als Mustergemeinden. Allen gesetzlichen Beschränkungen zum Trotz, unbekümmert um alle Hindernisse bei den Präfekturen, wurde in alle Zweige der Gemeindeverwaltung sozialistischer Geist eingeführt.

Es bedürfte einer eigenen Studie, zu der sich vielleicht noch einmal Gelegenheit geben wird, um zu zeigen, wie unsere französischen Genossen mitten in das stagnierende französische Verwaltungsleben neue Elemente eingeführt haben. Sie haben, wo sie die Majorität hatten, der Ausbeutung der öffentlichen Betriebe Bügel angelegt, oder gar ein Ende gemacht. Sie haben aus der kommunalen Wohltätigkeit Institutionen der sozialen Fürsorge geschaffen, sie haben das kommunale Schulwesen bis in die kleinsten, ihnen zugänglichen Gemeinden modernisiert und mit sozialem Geiste erfüllt. Sie schufen allerlei Einrichtungen für die Hygiene, für Sport und Spiel, und gar vieles auf dem Gebiete der Wohnungsobhürfe. Kein Gebiet haben sie vernachlässigt, und es läßt sich ihr Tun wahrlich den Ruhmesblättern sozialistischer Arbeit anreihen.

Nichts aber spricht deutlicher für den Erfolg unserer Genossen im französischen Gemeindeleben, als die Ergebnisse der Gemeindewahlen im Jahre 1925.

Trotz der Abspaltung der Kommunisten, die — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — die Sozialisten allüberall nicht nur aufs schärfste, sondern auch aufs gemeinste bekämpften — sie sprachen fast stets von ihnen nur als den Sozialfascisten —, haben doch unsere Genossen am 3. und 10. Mai 1925 einen Sieg sondergleichen errungen.

Statt der 285 Gemeinden, die sie 1919 erobert, zogen sie nun in 613 Gemeinden als Majorität in die Ratstube und konnten in allen diesen Gemeinden auch sozialistische Bürgermeister bestellen.

Welche Bedeutung diese 618 Gemeinden haben, trotzdem sie nur sechs Prozent der französischen Gemeinden repräsentieren, mag folgende kleine Statistik zeigen. Diese 618 Gemeinden umfassen eine Bevölkerung von nicht weniger als 5,326,236 Seelen. Also von Paris mit seinen etwa vier Millionen Einwohnern abgesehen, mehr als ein Siebentel der Gesamtbevölkerung. Dass die Sozialisten nicht auch im Pariser Gemeinderat die Mehrheit haben, dafür liegt die Schuld nicht etwa bei den Wählern. Die sind auch in Paris in der großen Mehrzahl sozialistisch. Aber die Reaktionäre im Parlament haben die Wahlgeometrie in Paris so klug wirken lassen, dass hier eine Beugung der Reaktion kaum so bald zu erreichen sein wird. Paris hat eben wohl ein allgemeines und geheimes Wahlrecht, aber kein gleiches Wahlrecht. Denn dort, wo in einem Bezirke 100,000 und noch mehr Wähler einen Vertreter wählen können, im Nachbarbezirke aber, weil er gut bürgerlich ist, 10,000 Wählern das gleiche Recht zusteht, kann von Gleichheit vor dem Wahlrecht keine Rede sein.

Im übrigen sind alle großen Städte Frankreichs in den Händen unserer Genossen. Hier ihre Reihenfolge. (Die in Klammern beigefügten Zahlen geben die Bevölkerung der betreffenden Stadt an.) Montreuil-sous-Bois (51,026), Saint-Quentin (55,371), Troyes (55,486), Saint-Nazaire (58,267), Brest (73,007), Tours (75,398), Grenoble (80,000), Nîmes (80,347), Montpellier (81,758), Rennes (82,000), Mulhouse (100,000), Limoges (103,137), Toulon (110,000), Roubaix (125,000), Toulouse (148,576), Strasbourg (166,767), Lille (200,953), Bordeaux (261,678), Lyon (561,592). (In Lyon ist die Majorität des Gemeinderates sozialistisch, doch beließ sie 1925 den damaligen Ministerpräsidenten Herriot als Bürgermeister.)

Überdies sind nicht weniger als 77 Städte mit 10,000 bis 50,000 Einwohnern unter sozialistischer Verwaltung, ferner 187 Dörfer mit weniger als 1000 Einwohnern, 280 Landstädte mit 1000 bis 5000 Einwohnern und 50 mit 5000 bis 10,000 Seelen.

Dies zeigt zur Genüge, dass die sozialistische Bewegung in Frankreich neben den Arbeitern auch breite Schichten der Bauern und Kleinbürger ergriffen hat.

Seit den Wahlen im Jahre 1925 hat sich die Tätigkeit der französischen Sozialisten in den Gemeinden auch in ihrem Wesen stark gefestigt. Im gleichen Jahre hat der Parteikongress von Grenoble ein Kommanalprogramm angenommen. Es wurde überdies ein Bünd der

sozialistischen Gemeinden geschaffen. Dieser hat auch ein Studienbureau eingerichtet, das als Verbindungsglied zwischen den einzelnen Gemeinden dient, so daß jetzt rasch jede Gemeinde die ihr nötigen Informationen bei ihren Neuschöpfungen bekommen kann.

So sehen wir denn die französische sozialistische Partei, trotz ihrer mangelhaften Organisation, und trotzdem sie fast ohne jede Verbindung mit dem Gewerkschaftsleben ist, und trotz aller Widerstände der kommunistischen Partei, immer festern Fuß im französischen Gemeindeleben fassen und von hier aus eine ganz ungeahnte Wirkung auf das ganze französische Leben ausüben.

N a c h t r a g. Die hier vorgebrachten statistischen Daten beruhen auf einer Umfrage des sozialistischen Parteisekretariates im Sommer 1925, die dann ergänzt wurde durch verschiedene Daten des Bundes der sozialistischen Gemeinden. Ich hätte gerne auch eine Statistik der kommunistischen Gemeinden beigebracht, doch ist eine solche unauffindbar. Das Zentralorgan der Kommunisten, die „Humanité“, hat wohl in den ersten Tagen nach der 1925er Wahl triumphierend von ihrem Siege gesprochen, aber nur einige Tage lang brachte sie auch die Ergebnisse hinsichtlich der kommunistischen Partei, um rasch wieder in tiefes Schweigen zu verfallen. Nach diesen recht kümmerlichen Berichten war es mir möglich, folgende Zahlen für die kommunistischen Gemeindevertretungen zu gewinnen: Keine einzige größere Stadt ist in ihre Verwaltung übergegangen, wohl aber 15 Gemeinden in der Banlieu von Paris sowie 27 Landgemeinden in der Provinz, was wohl ein ziemlich kümmerliches Ergebnis ist mit Rücksicht auf die großen Geldmittel, die den Kommunisten stets für die Wahlen zur Verfügung stehen, und die gewaltige Agitation, die sie alle-
weil entfalten.

Die kommunalpolitische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie.

Von Reichstagsabgeordneten Joh. Stelling,
Vorsitzender des kommunalpolitischen Beirates beim Parteivorstand
der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat, bevor der internationale Sozialistenkongreß in Paris im Jahre 1900 die Notwendigkeit der Betätigung der Sozialdemokratie auf kommunalpolitischem Gebiete betonte, sich in einer ganzen Reihe von Gemeinden bereits auf diesem Gebiete betätigt. In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gelang es, im damaligen Königreich Sachsen eine Anzahl Mandate in Gemeindevertretungen zu erobern, in Stötteritz bei Leipzig zum Beispiel hatte die Partei bereits 1868 mehrere Sitze erobert, und zwar als offizielle Partei. In Berlin wurden die ersten Versuche im November 1878 nach Erlass des Sozialistengesetzes unternommen. 900 Stimmen vereinten die sozialdemokratischen Kandidaten auf sich, immer-